

**Christa Wichterich**

## **Wachstum, Widerstand und Rechte in der Zone**

### **Wanderarbeiterschaft und neue Arbeitsregimes in den chinesischen Exportindustrien**

Nach zweijähriger öffentlicher Debatte verabschiedete die chinesische Regierung im Juli 2007 ein neues Arbeitsgesetz. Seine Umsetzung wird ein Lackmustest dafür, ob sich der brutale Manchesterkapitalismus der frühen Jahre des Systembruchs zu einem sozialdemokratischen Kapitalismus wandeln kann. Die Wende von der autoritären Planwirtschaft zur despotischen Wachstumsmarktwirtschaft<sup>1</sup> mit riesigen Sweatshops für den Export und Ziegeleien mit versklavten Kindern einerseits, High-Tech-Parks, Silicon-Cities und postmodernen Shopping Malls andererseits haben eine Vielzahl neuer Arbeitsregimes gleichzeitig und nebeneinander entstehen lassen<sup>2</sup>. Ebenso haben Entstaatlichung, Migration vom Land in die Städte und Privatisierung beim langen Marsch Chinas in die WTO und den Weltmarkt neue soziale Klassen geschaffen<sup>3</sup>. Die 200 Millionen MigrantInnen gelten als das „neue Proletariat“<sup>4</sup> und als sozialer Krisenherd bei der Umstrukturierung der chinesischen Gesellschaft. Es sind vor allem ihre Kämpfe, die die Verrechtlichung und Verbesserung der Arbeitsbeziehungen sowohl in bezug auf den Staat als auch gegenüber den Unternehmenseignern vorantreiben. Mit der Parole von der „harmonischen Gesellschaft“ und Instrumenten wie dem neuen Arbeitsgesetz will die Führung die Widersprüche und Risse in der zutiefst gespaltenen Gesellschaft glätten, bevor die zahlreichen sozialen Proteste in Stadt und Land zu einem machtbedrohenden Widerstand eskalieren könnten.

Im folgenden werden die Entstehung neuer Arbeitsregime und neuer sozialer Klassen am Beispiel des Perlflossdeltas verfolgt und die Verschränkung von neoliberaler und sozialen Perspektiven im spezifisch chinesischen Kapitalismus analysiert.

#### **Das neue Proletariat in der Exportproduktion**

Das Perlflossdelta im Süden Chinas, die Provinz Guandong, ist ein zentraler Schauplatz des staatsgesteuerten chinesischen Akkumulationsmodells. Als hier 1980 die erste Sonderwirtschaftszone als eine Versuchsanordnung der Exportproduktion errichtet wurde, war Shenzhen ein großes Dorf. Heute ist Shenzhen eine 10 Millionen Stadt, an der sich die Geschichte der

---

<sup>1</sup> Zur allgemeinen Diskussion des chinesischen Kapitalismus siehe die Auseinandersetzung um die Position von Paul burkett und Martin Hart-Landsberg in: *Critical Asian Studies*, 37:3, 2005, sowie Hart-Landsberg, Martin/Paul Burkett, *China, Capitalist Accumulation, and Labor*, in: *Monthly Review*, May 2007, 17- 40

<sup>2</sup> Lee Ching Kwan, *Working in China. Ethnographies of labor and workplace transformation*, London/New York 2007

<sup>3</sup> Taylor, Bill/ Chang Kai/ Li Qi, *Industrial Relations in China*, Cheltenham/Massachusetts 2003; Lee Ching Kwan, *Livelihood Struggles and Market Reform. (Un)making Chinese Labour after State Socialism*, UNRISD, Geneva 2005

<sup>4</sup> Wen Tiejun, *How China's Migrant Labour is Becoming the New Proletariat*, in: Bieler, Andrea/Lindberg, Ingemar/Pillay, Devan, *Challenges of Globalisation*, 2007

Industrialisierung und ein rasend schneller Kapitalumschlag ablesen lassen. Die Wachstumsraten der Provinz Guandong liegen seit Jahren mit 13 bis 15 % über dem landesweiten Durchschnitt. Im ganzen Perlfussdelta arbeiten jetzt Millionen Menschen, mehr als zwei Drittel sind MigrantInnen aus ländlichen Regionen. Hier wurde Spielzeug für Mattel mit gesundheitsschädigenden Lacken besprüht, hier sterben ArbeiterInnen an Cadmiumvergiftung, nachdem sie für Gold Peak Batterien hergestellt haben.

In den arbeitsintensiven Exportindustrien mit den mehrheitlich WanderarbeiterInnen als „neuem Proletariat“ entstand ein doppeltes Kontrollregime: durch den Staat eine Ausweisdespotie, und durch taylorisierte Industrialisierung eine Lohnarbeitsdespotie. Das neue Arbeitsregime manifestierte sich in der Industriearchitektur der „three-in-one“: Fabrik, Lager und Wohnheim befanden sich in einem von Mauern, Stacheldrahtzäunen und Wachposten umgebenen Gebäudekomplex, was die Kontrolle über die Lohnarbeitenden verstärkt<sup>5</sup>. Die Unternehmen haben eigene Sicherheitsdienste. Um die Abhängigkeit der ArbeitnehmerInnen vom Unternehmen zu forcieren und Job-Hopping als individuelle Verbesserungsstrategie zu verhindern, behalten die meisten Unternehmen die Ausweise der ArbeiterInnen und einen halben oder ganzen Monatslohn ein.<sup>6</sup>

Die Lohnarbeitenden werden nicht mehr mit dem entsexualisierten Begriff *gongren* benannt, der sie in der Mao-Ära zu „Herren“ der Betriebe und Subjekten der Geschichte erklärte, sondern sie sind *dagong*, „die für einen Boss arbeiten“, in der Mehrzahl *dagongmei*, „Arbeitermädchen“, wie die jungen, unverheirateten Frauen vom Land abwertend tituliert werden. Ihre Produktivität und ihre Subjektivität werden genau dem Kontrollregime unterworfen, das unter Mao als kapitalistisch und ausbeuterisch verschrien war: eine Kombination von Prinzipien der Profitmaximierung und Konkurrenz wie Akkordarbeit, Effizienzkontrolle, Überstundenzwang, fehlende Sicherheit am Arbeitsplatz und drakonische Strafen für Fehlverhalten.<sup>7</sup>

Die „floating population“ vom Land gilt als vorübergehend proletarisierte Bauernschaft. Gemäß ihrer Haushaltsregistrierung, dem *hukou*, hat diese migrantische ArbeiterInnenklasse keine sozialen und bürgerlichen Rechte in der Stadt, sondern nur an ihrem Herkunftsort auf dem Land. Von den MigrantInnen wird erwartet, dass sie nach einigen Jahren der Lohnarbeit ins Dorf zurückkehren. Ihre Migration wird durch ein elaboriertes Ausweissystem kontrolliert, das sie von den Behörden auf dem Land und in der Stadt sowie vom Arbeitgeber abhängig macht. Die meisten Dokumente müssen jährlich neu und teuer erworben werden, sodass die MigrantInnen (bis vor kurzem)

---

<sup>5</sup> Lee Ching Kwan, *Gender and the South China Miracle: Two Worlds of Factory Women*, Berkeley 1998; Pun Ngai, *Made in China*, Durham 2005

<sup>6</sup> Chan, Anita, *A Race to the Bottom*, in: *China Perspectives* No 46, March-April 2003, 41-50

<sup>7</sup> Zhao Minghua/Nichols, Theo, *Management Control of Labour in State-owned Enterprise Cases from the Textile Industry*, in: O'Leary, Greg (ed.), *Adjusting to Capitalism: Chinese Workers and the State*, New York, 1998, 75-100; HKCTU, *Chinese Labour and the WTO*, Hongkong 2004

einen Monatslohn pro Jahr für Ausweise und Registrierungen ausgeben mussten – ein System, das hochgradig korrumpiert und betrügerisch ist.<sup>8</sup>

Das 1958 eingeführte *hukou*-System war ein rigides bevölkerungspolitisches Instrument, das zum einen die privilegierten Städte vor der Landflucht und der Verslumung bewahren sollte, zum anderen ausreichend Bauern in der Landwirtschaft halten wollte, um die Nahrungsmittelversorgung für die Städte sicherzustellen. Unter den Bedingungen der Massenmigration führte es einer Hierarchie von Staats- und StadtbürgerInnen erster und zweiter Klasse und einem System „sozialer Apartheid“.<sup>9</sup> Bis vor ein paar Jahren hatten MigrantInnen am Arbeitsplatz weder die Möglichkeit einer Gewerkschaftsmitgliedschaft noch der Sozialversicherung. Ihre Kinder wurden nicht zu städtische Schulen zugelassen oder aber die Stadt verlangte von ihnen überhöhte Gebühren und kommerzialisierte damit den Zugang zu öffentlicher Versorgung. Ebenso ließ sie sich die Behandlung von MigrantInnen in der öffentlichen Krankenhäusern teuer bezahlen.<sup>10</sup> MigrantInnen, die innerhalb der durch Grenz- und Mautstationen streng kontrollierten Sonderwirtschaftszone von Shenzhen ohne die drei erforderlichen Ausweise (ID, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis) erwischt wurden, wurden zu Geldstrafen, Straflager oder Rückführung verurteilt, Entlassene wurden auf eigene Kosten deportiert.

In diesem staatlich gesteuerten Akkumulationsregime stand der neuen Klasse von Bauern-ArbeiterInnen die neue Klasse der Bosse und Manager gegenüber. Es sind vor allem diese Manager, die es zu ansehnlichem Einkommen und Wohlstand brachten, der es ihnen erlaubte, eine permanente Wohnlaubnis für die Stadt zu kaufen und dort Wohneigentum zu erwerben.

### **Wachstum und Diversifizierung als Entwicklungsstrategie**

Die Provinzregierung und die Stadtverwaltung haben im Rahmen staatlicher Vorgaben die Entscheidungs- und Steuerungsmacht über die Entwicklung der Sonderwirtschaftszone. Sowohl die Stadt selbst als auch die einzelnen Verwaltungsbeamten sind an einheimischen und ausländischen Investitionen und rascher Entwicklung interessiert: die Stadt ist häufig über Holdinggesellschaften an Joint Ventures beteiligt und bestreitet den kommunalen Haushalt und den Ausbau der Infrastruktur durch die Steuern und Abgaben, die sie von den Unternehmern und auch den Beschäftigten erhebt. Die Karrieren von Parteifunktionären und Beamten hängen von ihren Erfolgen beim Ausbau der SEZ ab. Dabei bieten sich ihnen auch Möglichkeiten, ihre Privatinteressen durch illegale Bereicherungsstrategien oder einen Einstieg ins Unternehmertum zu verfolgen.<sup>11</sup>

---

<sup>8</sup> Chan a.a.O., 46

<sup>9</sup> Au Loong-Yu/ Nan Shan/ Zhang Ping, *Women Migrant Workers under the Chinese Social Apartheid*, Bangkok 2007

<sup>10</sup> Amnesty International, *People's Republic of China. Internal migrants: Discrimination and abuse. The human cost of an economic 'miracle'*, 2007

<sup>11</sup> Au u.a., o.o.A.

Ausländische Direktinvestitionen – zunächst mehrheitlich von Auslandschinesen in Hongkong, Taiwan und Singapur, dann zunehmend auch aus Europa, den USA und Japan - wirkten zunehmend als Triebkraft für die Expansion der exportorientierten Industrialisierung, d.h. als Motor für neue Arbeitsplätze, aber auch für Technologie- und Know-How-Transfer und für Produktivitätssteigerungen. 1993 gaben 81,9 % der Investoren an, wegen der billigen Arbeitskräfte in China zu investieren, 56 % nannten die Steuerbefreiungen in den SEZs und 50 % den Zugang zum chinesischen Markt als Hauptgründe.<sup>12</sup>

Auffällig ist die „Konkubinenwirtschaft“: Chinesische Unternehmer oder Städte gehen z.B. im Automobilsektor Joint Ventures mit mehreren ausländischen Investoren ein (SZ 14.10.03). Die chinesischen Unternehmer vermitteln das Know How und die Technologie der ausländischen Investoren dann weiter in den Binnenmarkt hinein. Dies führt auch dazu, dass einheimische Hersteller die Auslandsinvestitionen unter Umgehung von Patentrechten und Lizenzabkommen für Imitate und Raubkopien nutzen. Die ausländischen Konzerne stellen dann fest, dass sie ungewollt als „Hebammen“ für die eigene Konkurrenz, nämlich eine einheimische kostengünstigere Industrie fungieren<sup>13</sup>.

In diesem Interessenkontext entstand in den 1990er Jahren parallel zum Kollaps und der Privatisierung vieler staatseigener Betriebe eine zweite Phase der Industrialisierung im Perflussdelta mit dem Aufbau kapitalintensiver Produktion. Die Stadt Shenzhen und die Exportindustrien wuchsen weit über die alte SEZ hinaus. Das boomende Baugewerbe wie auch die Fahrzeugherstellung und der Maschinenbau boten nun überwiegend Arbeitern aus der Stadt und männlichen Migranten Beschäftigung. Hier entstand vor allem in Joint Ventures mit Konzernen aus dem Westen oder Japan eine Aristokratie von Facharbeitern, die in eine technokratische effizienzorientierte Unternehmenskultur und ein Sozialmanagement eingebunden wurde.

Vom Staat makroökonomisch gesteuert stehen nun unterschiedliche Eigentumsformen unmittelbar nebeneinander: neben Staatsbetrieben Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Joint Ventures mit ausländischen Kapitaleignern und als die am schnellsten wachsende Gruppe einheimische Privatunternehmen.<sup>14</sup> Die Klasse privater Eigentümer rekrutiert sich – wie auch die Managerklasse - zu einem großen Teil aus Parteikadern und der Funktionärskaste. 2004 wurde diese Kapitalistenklasse durch die offizielle Entscheidung, dass sie KP-Mitglieder und -Funktionäre sein können, und die verfassungsrechtliche Anerkennung von Privateigentum politisch legitimiert. Gemeinsam ist diesen Unternehmen verschiedener Eigentümer und Größen

---

<sup>12</sup> AMRC, Asia Monitor Resource Center, *We in the Zone, Women Workers in Asia's Export Processing Zones*, Hong Kong 1998, 191-241, 206

<sup>13</sup> SZ 14.10.03, Schmalz, Stefan, *Ein Entwicklungsland als werdende Weltmacht*, in: *Das Argument* 268, *Grosser Widerspruch China*, 2006, 33. Interessant ist, wie die feminisierte Diktion von Konkubinen und Hebammen zur ökonomischen Abwertung benutzt wird.

<sup>14</sup> Lüthje, Boy, *Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus*, in: *Das Argument* 268, *Grosser Widerspruch China*, 2006, 61-76

– auch den Staatsbetrieben -, dass die Arbeitsbeziehungen durch die marktökonomische Profitlogik geprägt und nicht mehr durch die planwirtschaftliche Versorgungslogik.

Seit Ende der 1990er Jahre hielt als eine dritte Generation der Industrialisierung die Informationstechnologie Einzug im Perflussdelta und mehrere post-moderne Industrieparks wurden wie Silicon-Cities aus dem Boden gestampft, in denen sich eine neue gut qualifizierte Angestelltenklasse herausbildet, deren Arbeitsbedingungen technologisch hoch gerüstet und ständig effizienzorientiert nachgebessert werden. Dadurch ist eine Klasse von hochqualifizierten wissensbasierten Fachkräfte und konsumorientierter Mittelschichten in den Städten entstanden.

2005 beschloss der Volkskongress, Shenzhen zu säubern und alle umweltschädlichen, energieintensiven und effizienzschwachen Betriebe aus dem Kernbereich der Sonderwirtschaftszone in Randgebiete auszulagern. Fabriken der ersten Stunde machten Platz für Shopping Malls, noble Verwaltungsgebäude und postmoderne Industrieparks. Die Mehrzahl der arbeitsintensiven Textil-, Elektronik- und Spielzeugfabriken befinden sich jetzt in den Außenbezirken der Stadt, wobei teils in neuen Gebäuden das despotische taylorisierte Lohnarbeitsregime fortgeführt wird. Die staatlichen Planungen setzen auf eine weitere Diversifizierung der Industrien und eine zunehmende Konzentration von kapital-, technologie- und wissensintensiven Sektoren an der Küste, während die arbeitsintensive Fertigung in kleinere Städte im Landesinneren oder ins wenig entwickelte Hinterland Chinas verlagert werden soll, wo die Arbeitskräfte und die Energieversorgung preiswerter sind. Zunehmend drohen arbeitsintensive Firmen Beschäftigten bei Protesten mit Verlagerung ins Landesinnere.

Mit der Diversifizierung der Industrien und der sozialen Differenzierung hielt auch eine wachsende Spreizung von Löhnen und Gehältern Einzug, mit einer starken Re-Akzentuierung der unterschiedlichen Bewertung von körperlicher und Kopfarbeit, die die Kulturrevolution überwinden wollte, und einer ungleichen Bewertung von Frauen- und Männerarbeit. Die Gehälter von Technikern, Ingenieuren und IT-Experten wurden an die schnell steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem die hohen Kosten für Miete oder Wohneigentum angepasst, und auf durchschnittlich 500 Euro erhöht. Die Löhne der ArbeiterInnen an der „Werkbank der Welt“ in den arbeitsintensiven Industrien stagnierten fünfzehn Jahre lang bei ca 50 Euro. Der Frauenanteil ist infolge von Mechanisierung auch in den arbeitsintensiven Industrien von 80 bis 85 % auf unter 70 % gesunken. Aufgrund der vielen neuen Jobs im IT Sektor, in kapitalintensiver Produktion, Management und in Forschung und Entwicklung ist im Perflussdelta das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit jährlich 6000 Euro weit überdurchschnittlich.

## **Wachstum und Widerstand**

1982, als die Exportindustrien expandierten, wurde das Streikrecht aus der Verfassung entfernt. Dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB) kam

die Aufgabe zu, die makroökonomischen Ziele, vor allem Produktivitätssteigerung in den Betrieben durchzusetzen. Bis heute ist der ACGB keine Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern, sondern ein Parteiorgan, das eine Interessenkonvergenz zwischen Lohnarbeit, Management und Unternehmern behauptet und mögliche Konflikte mit Blick auf die Wachstumsziele schlichten soll. Für die Schlichtung eines Arbeitskonflikts fallen hohe Gebühren an. Die Gründung einer Betriebsgewerkschaft erfolgt in der Regel durch Absprachen zwischen der Firmenleitung und dem ACGB. Häufig ist ein Vertreter des Unternehmensmanagements in Personalunion auch Parteisekretär und Gewerkschaftsvertreter im Betrieb. Die Gründung unabhängiger Gewerkschaften ist verboten.

Seit Anfang der 1990er Jahren kam es immer häufiger in einzelnen Betrieben zu Protesten, individueller Sabotage und spontanen Streiks, wenn Löhne oder Überstunden nicht gezahlt wurden, die Schikanen des Managements überhand nahmen oder Arbeitsunfälle sich häuften. 1993 waren nur 22,4 % aller Beschäftigten in Shenzhen Gewerkschaftsmitglieder. Beim Arbeitsamt von Shenzhen gingen im selben Jahr jedoch bereits mehr als 8400 Beschwerden ein, offiziell wurden über 5000 Arbeitskonflikte und 369 Streiks gemeldet.<sup>15</sup> Sie waren ein Indikator für die Herausbildung der typischen Interessengegensätze zwischen Lohnarbeit, Kapital und Staat sowie für die immer markanteren Bruchlinien in der neuen chinesischen Klassengesellschaft.

Nach zwei verheerenden Bränden 1993, bei denen 145 ArbeiterInnen ums Leben kamen, weil das Feuer rasch vom Lager oder der Fabrik auf das Wohnheim übergriff, versuchten ArbeiterInnen unabhängige Gewerkschaften zu organisieren und registrieren - vergeblich. Das hatte Entlassungen und Verhaftungen zur Folge und führte zu einem Verbot der „three in one“. Das „Zhili-Feuer“ – der Brand in der Spielzeug Fabrik Zhili - war der Auslöser für die Entstehung eines neuen Organisationstypus außerhalb der Betriebe und außerhalb vom Gewerkschaftsbund. Entlassene ArbeiterInnen begannen ein *Workers' Forum* aufzubauen und mobilisierten in einem *Workers' Bulletin* zum Kampf für Arbeitsrechte und Arbeitsschutz. Seitdem haben sich 12 Organisationen bzw. Netzwerke gegründet. Zwar wurde den meisten eine Registrierung als NGO verweigert, doch sie sind der Verwaltung bekannt und geduldet. Aufgrund des dramatischen Verlusts an Glaubwürdigkeit und an Mitgliedern nahm der ACGB 2001 erstmals MigrantInnen auf.

Mit dem 1994 verabschiedeten Arbeitsgesetz demonstrierte der Staat seinen Anspruch auf Regulierungshoheit aller Arbeitsverhältnisse, auch derjenigen in der sprunghaft angestiegenen Zahl von Privatunternehmen. Das Gesetz zielt auf eine Umsetzung der individuellen Rechte von ArbeiterInnen und erkennt damit implizit ungleiche Macht- und Interessenverhältnisse im Betrieb an. Es schreibt einen individuellen Arbeitsvertrag für alle Beschäftigten vor und erlaubt dem Gewerkschaftsbund, in einigen Industrien Kollektivverträge auszuhandeln. Es verpflichtet die Unternehmen, die Mindestlöhne der Provinz

---

<sup>15</sup> AMRC, a.a.O.,219

wie auch die Überstunden pünktlich zu zahlen, freie Tage und Urlaub zu gewähren, die Überstunden auf 3 Stunden pro Tag zu begrenzen, Sicherheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten, Kompensation bei Unfällen und Beiträge zu einem neuen Sozialversicherungssystem zu leisten.<sup>16</sup>

Doch das Arbeitsgesetz wurde bis heute nicht umgesetzt. Die kommunalen Arbeitsämter haben die Aufgabe, die Betriebe zu überwachen, können wegen Personalmangels – die Stadt Guangzhou hat 130 Inspektoren für 400 000 registrierte Unternehmen – aber nur größere Unternehmen kontrollieren.<sup>17</sup> Drei Viertel der WanderarbeiterInnen in Privatunternehmen haben immer noch keinen Arbeitsvertrag, Mindestlöhne und Überstunden werden nicht oder nur unregelmäßig gezahlt, je nach Auftragslage wird die Arbeitszeit enorm verlängert oder aber Entlassungen vorgenommen, Lohnrückstände werden von den Firmen als Disziplinierungsmittel benutzt. Die Sicherheit am Arbeitsplatz ist unverändert miserabel. 2001 wurde allein von der Textilindustrie in Shenzhen berichtet, dass täglich 13 ArbeiterInnen bei Unfällen einen oder mehrere Finger verlieren.<sup>18</sup> Der Umgang mit toxischen Substanzen in der gesamten Elektronikindustrie erzeugt massenhaft chronische Gesundheitsschäden.

Aufgrund der anhaltend schlechten Arbeitsbedingungen<sup>19</sup> und der hohen Kosten und Risiken in der Stadt und am Arbeitsplatz wuchs der Strom von MigrantInnen ab 2003 nicht weiter an, während jedoch der Bedarf an Arbeitskräften für die expandierenden Industrien stetig zunahm. So kam es erstmalig in der gesamten Küstenregion zu einem Mangel an Arbeitskräften. Die Regierung reagierte darauf mit einem Bündel von arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Die staatlichen Mindestlöhne im Perlfussdelta wurden erhöht, in der alten SEZ von Shenzhen von 574 Yuan<sup>20</sup> im Jahr 2002 auf 810 Yuan 2007, außerhalb der SEZ von 440 Yuan 2002 auf 700 Yuan 2007. Außerdem wurde das *hukou*-System gelockert. MigrantInnen haben nun die Möglichkeit, Gewerkschaftsmitglieder zu werden, drei Sozialversicherungen (Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung) beizutreten und angesparte Versicherungsansprüche beim Verlassen der Stadt mitzunehmen.<sup>21</sup> Gleichzeitig wurden die Genehmigungsverfahren für Ausweise vereinfacht und die Kosten für die jährliche Aufenthaltsgenehmigung in der Stadt von 380 auf 5 Yuan gesenkt.<sup>22</sup> Der Abbau der Ausweisdespotie im Perlfussdelta ist gleichzeitig eine Reaktion auf ein öffentliches Aufbegehren, nachdem 2003 ein Student aus Hubei in

---

<sup>16</sup> Lee 2005, a.a.O., 6ff

<sup>17</sup> Auskunft des Arbeitsamts der Stadtverwaltung Guangzhou im September 2007

<sup>18</sup> Looy, Natalie van, From Revolution to Institutionalisation? Labour Relations and Conflict in the People's Republic of China, in: Berliner China Hefte, 25.10.2003, 64

<sup>19</sup> Amnesty International, a.a.O.; Südwind, All die Textilschnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien, Siegburg 2007, 33-60

<sup>20</sup> 100 Yuan sind etwa 10 Euro

<sup>21</sup> Huang, Ping/Zhan, Shaohua, Internal Migration in China: Linking it to Development, Paper at Regional Conference on Migration and Development in Asia, organised by IOM, PRC/ MFA, DFID, 14.-16.03.2005, 8ff; Uchimara, Hiroko, Influence of Social Institutions on Inequality in China, Institute of Development Economics, 2005, 17

<sup>22</sup> Auskunft von WanderarbeiterInnen im September 2007 in Shenzhen. Siehe ähnliche Zahlen in Amnesty International, a.a.O., 5f

Guangshou ohne Aufenthaltsgenehmigung verhaftet und von paramilitärischen Kräften zu Tode geprügelt wurde.<sup>23</sup>

## **Wanderarbeiterschaft als Industrialisierungs- und Proletarisierungsstrategie**

Für ihren alltäglichen Bedarf benötigen die LohnarbeiterInnen umgerechnet 50 Euro. Den zusätzlichen Verdienst schicken sie an ihre Familie. Bei Auftragsflauten – wie seit dem Spielzeugskandal bei Mattel – fallen keine Überstunden an. Durch Abzüge für Unterkunft, Verpflegung, Strom und Wasser werden die Mindestlöhne so gut wie nie ausgezahlt. Deshalb sind die MigrantInnen an einer hohen Überstundenzahl interessiert, um ihrer sozialen Pflicht der Rücküberweisung ins Dorf nachkommen zu können.

Als Reaktion auf den Arbeitskräftemangel wurden auf dem Land immer mehr staatliche und private Arbeitsvermittlungsagenturen eingerichtet – neben der Rekrutierung durch die Parteikader. Mädchen werden teilweise direkt aus der Schule in die arbeitsintensiven Industrien geschickt.

Arbeitsmigration und temporäre Lohnarbeit in den Exportindustrien werden von der kommunalen Verwaltung in ländlichen Regionen als eine gezielte Strategie zur Armutsbekämpfung betrachtet und gefördert und mit dem Arbeitskräfteüberfluss auf dem Land begründet.<sup>24</sup> Die MigrantInnen entlasten die Statistik der ländlichen Jobsuchenden und reduzieren die Aufgabe der Behörden, auf dem Land Jobs schaffen zu müssen. Auch die individuellen Haushalte planen die Migration und die Rücküberweisungen fest als eine Existenzsicherungsstrategie ein. Viele Familien oder Dörfer greifen auf informelle Netzwerke der Abwanderung und Vermittlung zurück, die in den vergangenen 20 Jahren entstanden sind. Von männlichen Migranten werden 3-400 Euro jährliche Aufstockung des Familieneinkommens erwartet, von Migrantinnen 2-300 Euro<sup>25</sup>. Wer kein Geld schickt, gilt als faul oder wird verdächtigt, das Geld verspielt zu haben. Der Anteil der Geldtransfers am jährlichen Dorfeinkommen variiert zwischen 15 und 50 Prozent, aber macht auf jeden Fall einen überlebenssichernden Anteil der Haushalteinkünfte aus. Das heißt, dass ein hoher Erwartungsdruck der Familie auf den MigrantInnen lastet.

Die Disziplinierung und Individualisierung der MigrantInnen in der Fabrik bedeutet einen Kulturschock für sie, weil die Arbeit am Fließband oder an der Nähmaschine sie unmittelbar die Macht des neuen Arbeitsregimes erfahren lässt.<sup>26</sup> Doch mit der Schaffung dieses neuen Industrieproletariats geht die Abwertung bäuerlicher Arbeit und ländlichen Lebens einher. Industriearbeit gilt als gesellschaftlich wertvollere und wertschöpfendere und zudem als leichtere Arbeit im Vergleich mit landwirtschaftliche Arbeit. Die städtischen

---

<sup>23</sup> Au u.a., a.a.O., 10f

<sup>24</sup> Auskunft von Armutsbekämpfungsbehörden in der Provinz Shanxi, September 2007

<sup>25</sup> Auskünfte in Dörfern in Shanxi, September 2007

<sup>26</sup> Interview mit Pun Ngai, Chinas Wanderarbeiterinnen: Dreifaches Trauma im dormitory labour regime, in: WEED, High-Tech-Sweatshops in China, 2007, 25-33



Konsummärkte erscheinen unmittelbar verknüpft mit der Lohnarbeit in den Industrien und weckt marktgerichtete Begehrlichkeiten und Hoffnungen. Lohnarbeit in der Stadt erscheint als sozialer Aufstieg und als Einstieg in die moderne Konsumwelt, sodass sie viele MigrantInnen gleichzeitig mit Bitterkeit über die erlebte Ausbeutung und Missachtung und auch mit Stolz erfüllt.<sup>27</sup> Viele wollen nicht ins Dorf zurückkehren, besonders junge Frauen, die nach der Rückkehr normalerweise heiraten und das bedeutet in eine fremde Familie umsiedeln müssen.

Die Entstehung bzw. Erzeugung der Wanderarbeiterschaft als neue soziale Klasse heißt jedoch noch nicht, dass die MigrantInnen in der Fabrik und in der Stadt gleich eine kollektive Identität oder ein gemeinsames Klassenbewusstsein entwickeln. Für sie ist zumindest nach ihrer Ankunft in den Betrieben und Wohnheimen die geographische und ethnische Herkunft die wichtigste Grundlage für den Aufbau von Netzwerken und Solidarisierung, bevor sie eine kollektive Identität als MigrantInnen in Abgrenzung gegen die andere, die städtische Lohnarbeiterschaft aufbauen.<sup>28</sup>

## **Arbeitsrechte**

Zwar breiten die politische Führung und der ACGB in ihrer Rhetorik immer noch den sozialistischen Mantel der Interessengleichheit und des nationalen Entwicklungsprojekts über die Arbeitsverhältnisse. Doch die wachsenden Proteste der ArbeiterInnen wie auch die Aktivitäten der NGOs setzen sowohl die Regierung und lokale Verwaltung wie auch die Gewerkschaften unter Handlungsdruck. Deshalb forderte die Regierung, dass der ACGB bis Ende 2006 in 60 % der privaten Unternehmen, vor allem auch der ausländischen, bis Ende 2007 in 80 % repräsentiert sein muss. So wurde ausgerechnet China zum ersten Land, wo Wal-Mart gewerkschaftliche Organisation zulassen musste.<sup>29</sup>

Zwar wird der Druck von der Basis häufig mit Repression und Disziplinierung beantwortet, löst jedoch bei einzelnen Funktionären in der Gewerkschaft und in kommunalen Behörden auch eine stärkere Parteinahme für die Lohnarbeitenden und ihre Probleme aus. Auch wenn die Formel, dass die Gewerkschaften eine funktionierende „Brücke zwischen den Beschäftigten und den Unternehmen“ darstellen, gebetsmühlenartig wiederholt wird, führt der Druck von unten zu einer Heterogenität von Positionen innerhalb der Gewerkschaften. Dadurch erweitern sich auch die Spielräume für Protestaktivitäten und die NGOs sich zumindest zeitweise und punktuell.

Während die Provinzregierung und Stadtverwaltungen eher mit einheimischen und ausländischen Unternehmen kooperieren, um das Wirtschaftswachstum im wechselseitigen Interesse einmal mehr anzukurbeln, gehen von der

---

<sup>27</sup> HKCTU, a.a.O.; Schmidtbauer, Heike, Living on the Fringes - Urban Experiences of Rural Migrant Women in Reform China, in: Berliner China Hefte, 25.10.2003, 44-57

<sup>28</sup> Looy, a.a.O.; Schmidtbauer a.a.O.; Pun 2005 und 2007, a.a.O.

<sup>29</sup> Lühje a.a.O., 68f

Zentralregierung und dem ACGB durchaus auch Signale aus, die auf ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit orientieren<sup>30</sup>.

Das neue Arbeitsvertragsgesetz, das am 1.1.2008 in Kraft treten soll, will mit Verbesserungen von Kollektivverhandlungen, Tariflöhnen, Probezeitregelungen, Festanstellungen und Kündigungsschutz, vor allem für ältere ArbeiterInnen, erneut eine rechtsverbindliche Antwort auf die Konflikte geben. Aber es reflektiert auch ein Interesse der chinesischen Führung, durch Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse eine Regulierungsrolle gegenüber der Marktdynamik zu behalten und den eigenen Machtanspruch als moralischer Anwalt und Wegbereiter einer „harmonischen Gesellschaft“ zu legitimieren.<sup>31</sup> Der ACGB wird in seinem Alleinvertretungsanspruch bestätigt.

Seit der Verfassung ist kein Gesetz so ausgiebig öffentlich diskutiert worden wie dieses neue Arbeitsgesetz, was zeigt, dass die Verrechtlichung von Arbeitsbeziehungen als ein von verschiedenen Marktakteuren und Interessen umkämpftes Terrain politisch akzeptiert wird. Die US-amerikanische und die europäische Industrie- und Handelskammer mischten sich im Interesse ausländischer Investoren in die öffentliche Debatte ein, forderten „flexiblere“ Regelungen und drohten mit Verlagerungen<sup>32</sup>. Die endgültigen Gesetzesformulierungen kamen ihren Verwertungsinteressen entgegen, doch eine Umsetzung würde immer noch einen erheblichen Fortschritt in der Verrechtlichung und der Verbesserung von Arbeitsbedingungen darstellen, wenn sie den umgesetzt würden. Dies scheint unter den gegebenen Bedingungen wie Verlagerung von Arbeitsplätzen, Flexibilisierung und Informalisierung sowie zahllosen Möglichkeiten, die Bestimmungen zu unterlaufen, z.B. die Vorschrift Arbeitsverträge nach zwei befristeten Phasen zu entfristen, nahezu utopisch. Dies wirft die Frage auf, ob die staatliche Regulierungs- und Interventionsmacht durch die neoliberalen Marktdynamiken und die privatwirtschaftlichen Interessen zunehmend eingeschränkt wird.

## Risse von unten

Wilde Streiks, kollektive Sabotage und spontane Proteste in einzelnen Betrieben werden nicht nur immer häufiger und aggressiver, sondern vor allem zunehmend öffentlich. Aufgebrachte ArbeiterInnen blockieren Straßen und Verkehr, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen und die Stadtverwaltung zu zwingen, sich mit ihren Probleme zu beschäftigen.<sup>33</sup> Offizielle Statistiken sprechen von 10 000 Streiks pro Jahr im Perlfussdelta, inoffizielle Angaben von doppelt so vielen. Auch wenn die meisten Proteste

---

<sup>30</sup> Munro, Robin/Zhang, Michael, Arbeitskampf in China. Gespräch mit Jerry Harris, in: Das Argument 268, Grosser Widerspruch China, Berlin 2006, 98-104

<sup>31</sup> Geffken, Rolf, Klassenkampf statt Marktsozialismus. China auf neuen Wegen oder auf altem Wachstumspfad? in: Arrighi, Giovanni u.a., Kapitalismus Reloaded, Hamburg 2007, 268-278

<sup>32</sup> Global Labour Strategies, Behind the Great Wall of China: US Corporations opposing new Rights for Chinese Workers, in: Focus on Trade, 1.11.2006

<sup>33</sup> Interview mit Mae Wong “Wir müssen die Arbeiterbewegung in China aufbauen“, in: WEED, High-Tech-Sweatshops in China, 2007, 33-39

der Lohnarbeitenden immer noch spontan und unorganisiert sind, so addiert sich das Aufbegehren doch immer mehr zu einem Einfordern von Rechten. Unter den ArbeiterInnen kursiert der Slogan: „Großer Streik – großer Fortschritt, kleiner Streik – kleiner Fortschritt, kein Streik – kein Fortschritt“, kurz: es lohnt sich, für die eigenen Rechte zu kämpfen.

Der zentrale strategische Ansatz von Workers´ Foren und Netzwerken, um die Lohnarbeitenden zu unterstützen, ist der Rechtsansatz, von Information über Rechte, Rechtsberatung, Kooperation mit Anwälten bis zur Unterstützung bei Klagen und Gerichtsverfahren. Die Gesetzgebung zum Arbeitsvertrag und –schutz ist der wichtigste Referenzrahmen für sie. Der erste Schritt bei Arbeitskämpfen ist eine Petition an das einzelne Unternehmen oder eine Klage, um z.B. eine individuelle Entschädigung zu erwirken. Der zweite Schritt ist eine Klage gegen das Arbeitsamt, die darauf zielt, dass die Behörde gegen die Unternehmen vorgeht und allgemeine Verbesserungen durchsetzt. Inzwischen gibt es neben den individuellen Verfahren auch Gruppenklagen z.B. für Lohnerhöhungen. Ein weiterer Versuch von Individual- zu Kollektivverfahren zu kommen, ist die rechtliche Möglichkeit, Kollektivverträge auszuhandeln.

Einige der NGOs nutzen auch die Verhaltenskodices einzelner Konzerne als Bezugspunkt für Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Doch im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen sind Firmenkodices freiwillig und nicht einklagbar<sup>34</sup>. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Inspektoren, die Kontrollen in den Betrieben durchführen, durch doppelte Buchführung und gefälschte Lohnabrechnungen betrogen werden, die ArbeiterInnen werden zu stereotypen Antworten und Lügen gezwungen.<sup>35</sup>

Ein weiterer wichtiger Einstiegspunkt für Organisation ist immer noch der Gesundheitsbereich, von der Aufklärung über Gesundheitsgefährdung z.B. durch Umgang mit toxischen Materialien am Arbeitsplatz bis zur Behandlung nach Unfällen. Das *Chinese Women Workers Network* fährt mit einem Gesundheitsmobil vor die Fabriktore und bietet Beratung an, und unterhält eine hot-line zu Gesundheitsfragen.

So versuchen die WanderarbeiterInnen durch Proteste, Klagen vor Gericht und punktueller Organisation mit Bezug auf ihre arbeitsrechtlichen Ansprüche von unten eine Gegenwehr gegen die neoliberale Lohnarbeitsdespotie aufzubauen und der Entrechtung und Entwertung Grenzen zu setzen. Parallel wird auch die Despotie der staatlichen und kommunalen Verwaltung unterminiert, dabei gleichzeitig aber privatisiert und kommerzialisiert: im Umfeld der Fabriken und Wohnheime der WanderarbeiterInnen in Shenzhen wird die preisgünstige Ausstellung von Dokumenten und Ausweisen aller Art angeboten. Private Kliniken bieten den

---

<sup>34</sup> Interview mit Robin Munro, „CSR ist wichtig – aber es ist kein Instrument, um Arbeitsrechte durchzusetzen“, in: WEED, High-Tech-Sweatshops in China, 2007, 39-44

<sup>35</sup> Südwind, Nähen für den Weltmarkt. Frauenarbeit in Freien Exportzonen und der Schattenwirtschaft, Siegburg 2004, 18-28

WanderarbeiterInnen medizinische Versorgung, vor allem Behandlung nach Unfällen und Abtreibungen an.

Vereinzelte widerständige und subversive Praktiken machen noch keine soziale Bewegung der WanderarbeiterInnen aus, zeigen aber, dass mit den Widersprüchen auch die Risse im System wachsen, und die WanderarbeiterInnen, auch wenn ihre Erfolge immer noch minimal sind, Räume für Rechtskämpfe und Widerstand gegen die staatliche und die industriekapitalistische Despotie erweitern können.

---

Erschienen in:

Blätter für deutsche und internationale Politik, 1'08, 95-105